

# Replik zu Sebastian Frehners Artikel «Zäsur für rot-grüne Finanzpolitik» Gefährlicher Rundumschlag

Von Tanja Soland

Der Grosse Rat hat an seiner letzten Sitzung tatsächlich einen denkwürdigen Entscheid gefällt, indem die knappe bürgerliche Mehrheit ein vorgezogenes Budgetpostulat überwiesen hat, welches für 2019 einen Leistungsabbau fordert. Sebastian Frehner hat recht, wenn er dies als Zäsur für die rot-grüne Finanzpolitik sieht. Denn damit wird die über 12-jährige nachhaltige Finanzpolitik von Eva Herzog gefährdet. Seit Jahren gibt es fast ausschliesslich positive Rechnungsabschlüsse und die Schulden konnten reduziert werden. Falls die bürgerlichen Parteien nicht zur Vernunft kommen, wird für 2019 ein Abbaupaket in der Höhe von 60 Millionen notwendig.

Das Budgetpostulat fordert eine Einfrierung des Budgets 2019 auf dem Stand von 2018. Gerade in Anbetracht der ausserordentlich guten Finanzlage im Kanton Basel-Stadt und im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform (Steuervorlage 17) wäre das absolut verfehlt. Da der Kanton wächst, benötigt er jedes Jahr mehr Mittel, damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum schritthalten kann. Die Verkehrsinfrastruktur kann nur langfristig geplant werden und Schulhäuser lassen sich nicht über Nacht errichten.

## Lebensraum gefährdet

Die Bevölkerung würde es nicht akzeptieren, wenn der Kanton einerseits für die Bevölkerung Leistungen abbauen müsste, andererseits die Unternehmen mit der Senkung des Gewinnsteuersatzes belohnen würde. An dieser Art von Finanzpolitik ist nichts vernünftig. Zudem besteht dank der nachhaltigen Finanzpolitik kein Anlass, die guten Leistungen zurückzufahren.

Der Kanton Basel-Stadt ist auf ein gutes Bildungs- und Kulturangebot angewiesen, um für alle Bevölkerungsschichten attraktiv zu sein. Damit konnte in den letzten Jahren die Zahl der ZuzügerInnen erhöht und über

20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine gute Standortpolitik besteht nicht aus Steuersenkungen – wie es die bürgerlichen Parteien dauernd fordern –, sondern aus Investitionen in die Infrastruktur und die Attraktivität des Lebensraumes. Dazu gehören auch Kleinigkeiten – über die sich Sebastian Frehner lustig macht – wie öffentliche Grillplätze, Velopumpstationen oder Grünanlagen, welche auch das Kompostieren oder den Anbau von Gemüse ermöglichen.

Die Menschen im Kanton haben unterschiedliche Bedürfnisse und diese sollen bei entsprechendem finanziellen Handlungsspielraum befriedigt werden.

Sebastian Frehner prangert in seinem Rundumschlag an, dass die Prämienverbilligungen in Basel-Stadt in gleichem Ausmass erhöht werden wie die Prämienhöhen selbst. So fehlten angeblich die Anreize, die Gesundheitskosten zu senken.

## Die Finanzen im Kanton sind im Lot und es gibt keinen Grund für einen Leistungsabbau.

Wenn sowohl Prämie wie auch Prämienverbilligung um fünf Prozent steigen, steigt der selbst zu zahlende Teil der Prämienrechnung selbstverständlich auch um fünf Prozent.

Erhöht man hingegen die Prämienverbilligung nicht, belastet man die Bezügerinnen und Bezüger stärker als die übrigen Prämienzahlenden. Damit wird deutlich, was die SVP will: Abbau auf dem Buckel der Ärmsten und Verwendung der so eingesparten Mittel für Steuersenkungen für die Reichen.

Sebastian Frehner, Mitglied der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, redet von Massnahmen, um die Gesundheitskosten zu senken. In der «Rundschau» vom 7. Februar 2018 hat er als Vertreter einer Krankenkasse klar geäussert, dass es nur darum gehe, die Pfründe dieser

Kasse zu wahren und nicht die Anliegen der Menschen, die unter der Prämienlast leiden. Seine Aussagen sind herzlos und rechnerisch falsch.

Die Finanzen im Kanton Basel-Stadt sind im Lot und es gibt keinen Grund für einen Leistungsabbau. Der bürgerliche Vorstoss ist Vorwahlkampf. Denn dass die Ausgaben mehr wachsen, als dies die Regierung jeweils vorsieht, liegt auch am Grossen Rat, welcher immer wieder Mehrausgaben beschliesst. Dies übrigens mit einer bürgerlichen Mehrheit.

Beispielsweise für den Zoo Basel, das Sportmuseum oder für den Ausbau bei der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft. Diese Mehrausgaben können durchaus Sinn machen. Sie zeigen aber vor allem die Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Parteien auf: bei den eigenen Anliegen mehr ausgeben wollen und gleichzeitig wachsende Ausgaben beklagen. Gerade die SVP fordert im Bereich Sicherheit immer mehr Ausgaben.

## Ausgaben massvoll erhöhen

Eine nachhaltige Finanzpolitik funktioniert nur, wenn Ausgaben massvoll erhöht und Investitionen gezielt getätigt werden. Dies gilt ebenso für einen Leistungsabbau. Ein unüberlegter Leistungsabbau gefährdet die Attraktivität unseres Lebens- und Wirtschaftsstandortes. Daher muss an der rot-grünen Finanzpolitik festgehalten werden.

Die Bevölkerung hat diesen Kurs bei den letzten Wahlen bestätigt, indem die rot-grüne Regierungsmehrheit klar wiedergewählt wurde. Die Bevölkerung will keine Abkehr von dieser Finanzpolitik. Es wäre gut, wenn das die Bürgerlichen bis zur Budgetdebatte im Herbst auch begreifen würden.



Tanja Soland, SP-Grossrätin des Kantons Basel-Stadt.



Mit voller Konzentration. Die Kleinen sind bei der Sache – sei es nun beim Trommeln oder beim Bemalen von Minilarven. Fotos Dominik Heitz

## Schlagversuche auf dem Böggli

«Erste Lektion» lädt ein, Fasnachtsluft zu schnupfern

Basel. Draussen hört man es nur leicht rumoren, aber drinnen geht die Post ab. An einem Töggeli-Kasten schenken sich zwei Buben nichts und lassen die Figuren an den Metallstäben rotieren. Sie machen gerade am meisten Lärm und sorgen deshalb auch für Aufmerksamkeit. Doch eigentlich dient das weisse Zelt auf dem Barfüsserplatz dazu, Kindern das Trommeln und Pfeifen näherzubringen. Unter dem Titel «Die erste Lektion» führt das Fasnachts-Comité seit Jahren diese Nachwuchsarbeit durch. Es will Kinder und Jugendliche Fasnachtsluft schnupfern lassen, solange die «drey scheenschte Dääg» noch gut in Erinnerung sind.

All jene Stammcliquen, die dieses Jahr nicht am Drummeli aufgetreten sind, haben den Zeltwänden entlang einen Stand und informieren. 15 Cliquen sind es – von A wie Aagfrässen bis V wie Vereinigte Kleinbasler (VKB). In der Mitte des Raumes können die klei-

nen Interessierten unter Aufsicht von sechs Instruktoren erste Schlagversuche auf einem Böggli machen oder ein Piccolo in die Hände nehmen.

## Weisse Kartons

Eine Mutter, die schon im Vorjahr mit ihren beiden Töchtern hier gewesen ist, hat auf Drängen ihrer beiden Kleinen erneut die «erste Lektion» besucht. Auf weissen Kartons, auf denen sonst Würste serviert werden, hält sie Mini-Fasnachtslarven, die ihre Töchterchen im Zelt malten. Denn auch das wird vermittelt: die Kunst des Larvenmalens.

Die Arbeitsgruppe «erste Lektion» des Fasnachts-Comités wird übrigens dieses Jahr auch am Sechseläuten in Zürich präsent sein: in einem der Zelte, die dem Gastkanton Basel-Stadt zur Verfügung gestellt werden. hei

Die 1. Lektion: Samstag, 24. Februar, 11–16.30 Uhr auf dem Barfüsserplatz. [www.fasnachts-comite.ch](http://www.fasnachts-comite.ch)

## Neubau für das Unispital

Rochadeflächen geplant

Basel. Das Universitätsspital Basel (USB) plant entlang der Schanzen- und Klingelbergstrasse einen weiteren Neubau. Ein Studienauftrag soll die mögliche Bebauung festlegen. Im Neubau soll unter anderem das interdisziplinäre Tumorzentrum untergebracht werden, wie es in einer Mitteilung heisst. Entstehen sollen zudem Rochadeflächen für die Zeit, während der das Klinikum 2 am Petersgraben neu gebaut wird.

Vorgesehen ist gemäss Mitteilung unter anderem, im Neubau ein Provisorium für das Notfallzentrum zu errichten. Vorarbeiten hätten gezeigt, dass ein Neubau nachhaltiger sei als die zunächst angedachten langjährigen Provisorien. Diese wären kostenintensiv und müssten wieder abgebrochen werden. Der Neubau soll eine Nutzfläche von 18 500 Quadratmetern bieten. SDA

## Polizei: «Wir beschützen die jüdischen Einrichtungen»

Kantonspolizei sagt, dass es keinen Sicherheitsabbau gibt

Von Mischa Hauswirth

Basel. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) ist nicht einverstanden damit, wie das Sicherheitsdispositiv der Kantonspolizei Basel-Stadt rund um die Basler Synagoge in der BaZ vom 23. Februar 2018 dargestellt wurde. Es habe nie einen Sicherheitsabbau gegeben, eine solche Darstellung sei «komplett falsch», sagt JSD-Sprecher Toprak Yerguz. «Ein Abbau wurde weder diskutiert noch beschlossen. Vielmehr ist das Gegenteil richtig: Nicht nur hält die Kantonspolizei sämtliche der zahlreichen Massnahmen zum besonderen Schutz jüdischer Organisationen aufrecht, sondern darüber hinaus gewährt Basel-Stadt – als erster und bisher einziger Schweizer Kanton – den jüdischen Organisation 500 000 Fran-

ken für bauliche Investitionen in ihre Sicherheit.»

In der BaZ hatte der ehemalige Rabbi von Saint-Louis, Marc Meyer, gesagt, es sei grundsätzlich falsch, zurzeit in Europa bei der Sicherheit für jüdische Einrichtungen zu sparen.

Die Diskussion um die Sicherheit der jüdischen Einrichtungen in Basel kam auf, weil die Basler jüdische Gemeinde tiefrote Zahlen schreibt. Gegenüber der bz sagte ein jüdisches Mitglied, man sei «bitter enttäuscht» und die Haltung des Kantons sei absolut unbefriedigend. 500 000 Franken des Defizits von 625 000 Millionen sind Sicherheitskosten. Die bürgerliche Allianz aus CVP, SVP, FDP und LDP verlangte, das Anti-Terrorbudget aufzustooken, was dann den jüdischen Institutionen zugutekommen würde.

## Beppo Barsch

